

Werbung:

Technikumstrasse 3, 8400 Winterthur  
 Telefon 052/213 33 56, Fax 052/214 26 10  
 info@heggli-buchbinderei.ch  
 www.heggli-buchbinderei.ch

# Laminieren?

**HEGGLI**  
 Buchbinderei und mehr

## Kein gescheiterter Einkaufstempel.



Die Winterthurer Grünen begrüssen den Entscheid des Stadtrats, den Landanteil von Halter am Arch-Areal zurückzukaufen und das gesamte Areal im Eigentum zu behalten. Wir sind grundsätzlich erfreut, dass der Stadtrat bereit ist, städtisches Land im Baurecht zur Verfügung zu stellen. Das ist ein – so hoffen wir – wegweisender Entscheid für zukünftige Landgeschäfte. Ob das neue Stadthaus auf dem Arch-Areal dafür allerdings das geeignete Objekt ist, stellen wir in Frage. Mittel- bis langfristig wird ein Modell «Baurecht und zurückmieten» mit grosser Wahrscheinlichkeit teurer, als wenn die Stadt selber baut: Kein privater Investor wird ein neues Stadthaus erstellen, wenn er nicht einen Gewinn machen kann! Das Überwälzen der vollen Teuerung auf den Mietzins ist zwar kurzfristig interessant für die Stadt, langfristig aber ein schlechtes Geschäft. Auch scheint fragwürdig, dass das Baurecht, das Gebäude und sogar Teile desselben an irgendeinen noch unbekanntem Investor verkauft werden. Insgesamt kann nur zielführend sein, das Gebäude selbst zu bauen oder allenfalls durch einen Generalunternehmer erstellen zu lassen.

Dass ein neues Stadthaus nachhaltig gebaut werden muss, ist für die Grünen selbstverständlich. Wir begrüssen, dass das Gebäude wenigstens gemäss dem Minergie-Standard errichtet wird. Der Stadtrat führt damit den bei den Schulbauten (Sennhof) auf Initiative der damaligen grünen Gemeinderätin Lilith C. Hübscher vorgenommenen Schritt zu einer zeitgemässen Bauweise weiter. Minergie-Standard ist heute als Minimalanforderung für zukunftsfähiges Bauen zu betrachten. Die Stadt muss aber im eigenen Bereich vorbildlich und vorausschauend weitergehen: Minergie-P und die Richtlinien von Eco-bau beziehungsweise Minergie-Eco sind dafür aus Sicht der Grünen die zwingende Leitlinie.

Ob die Zentralisierung der Verwaltung tatsächlich den erwarteten finanziellen Gewinn abwirft, muss noch detailliert analysiert werden. Wichtig sind folgende, teils bereits früher geäusserte Überlegungen: An dieser städtebaulich zentralen Stelle muss ein Projekt mit Ausstrahlung realisiert werden. Ein modernes Stadthaus kann ein Erfolg versprechender Ansatz sein. Unsere Partnerstadt La Chaux-de-Fonds

hat vor Jahren schon einen solchen selbstbewussten Bau realisiert. Das neue Stadthaus soll aber nicht nur Verwaltungsgebäude sein, sondern auch für die Stärken von Winterthur stehen, wie einst der alte Semperbau. Winterthur ist eine Stadt im Aufbruch. Haben wir Mut und Weitblick, wie damals unsere Vorväter, als sie in einer schwierigen Zeit durch Gottfried Semper den «Demokratietempel» errichten liessen! Davon ist aktuell sehr wenig zu sehen: Das Projekt «Cirque», welches als Siegerin aus dem Wettbewerb für ein «Einkaufszentrum mit Büros und Alterswohnungen» hervorging, soll jetzt mit einigen Retouches zum Verwaltungszentrum umfunktioniert werden; eine kleinmütige Verlegenheitslösung. Ein Stadthaus benötigt eine ganz andere Form der Umsetzung als ein Einkaufszentrum, auch und gerade in städtebaulicher Hinsicht. Wir fordern die völlige Überarbeitung des Projekts im Hinblick auf die neue Aufgabenstellung oder eine Neuauflage des Wettbewerbs. Es darf doch nicht sein, dass die Stadt durch einen gescheiterten Einkaufstempel repräsentiert wird. **Reto Diener und Martin Geilinger**, Co-Präsidium Grüne Winterthur.

# Umwelt, Chance für Bürgerliche.

Die Nationalräte der SVP und der Freisinnigen haben sehr schlechte Umweltnoten bekommen. Die Wahlchancen würden sich für die SVP und die Freisinnigen erhöhen, wenn diese Parteien sich vermehrt für Umweltanliegen einsetzen würden, denke ich. Nicht zu



erwarten ist leider, dass sie gemeinsame Sache mit der Anti-Atom-Allianz machen werden, den Organisationen, die jetzt gegen den Bau neuer Atomkraftwerke kämpfen. Die SVP und die Freisinnigen stehen nicht nur den Banken nahe, sondern auch dem Gewerbe: Installateuren, Handwerkern, Produzenten von Wärmepumpen und Solarpanels und so weiter. Diese Firmen könnten profitieren, wenn statt eines neuen AKWs Solarzellen, Windturbinen und Wärmepumpen installiert würden. Viele Aufträge für diese kleinen und grösseren Unternehmungen, die der SVP und den Freisinnigen nahe stehen, wären auch hereinzuholen durch Energiesparmassnahmen bei Gebäuden und den Bau von Nullenergiehäusern. Ein neues Kernkraftwerk hingegen würde eine ausländische Firma bauen, und die

meisten Aufträge gingen ins Ausland. Die vier, fünf Milliarden Franken, die ein neuer Atommeiler kosten wird, könnte in unserem Land gewinnbringender investiert werden und würde hier Arbeitsplätze schaffen. Was die SVP und die Freisinnigen auch berücksichtigen sollten: Mit einem neuen Atomkraftwerk werden wir noch mehr vom Ausland abhängig, von Uranlieferungen aus Afrika oder von weiss ich wo. Heute sind wir abhängig von Erdöl- und Erdgaslieferungen aus dem Nahen Osten, aus Nordafrika und Russland, eine Abhängigkeit die mit klugen Investitionen in alternative Energien stark reduziert werden könnte. Darum: Ein Engagement der SVP und der Freisinnigen für die Förderung von alternativen Energien würde deren Wahlchancen auf jeden Fall erhöhen. **Heinrich Frei**, Zürich.

# Die schwarzen Schafe ausschaffen.



Intermezzo.

Am vergangenen Samstag hat die SVP die Ausschaffungsinitiative lanciert. Diese hat zum Ziel, kriminelle Ausländer auszuschaffen. Es wurde Zeit. Die Ausländer- und die Asylpolitik in unserem Land beschäftigt die Bürgerinnen und Bürger extrem. Die Schreckensmeldungen in den Medien überschlagen sich. Besonders in Erinnerung sind uns noch die Vergewaltigungen von Seebach, Rhäzüns und Steffisburg. Alle Täter stammen aus dem Ausland, vorwiegend aus dem Balkan, teilweise hatten sie sogar den Schweizerpass.

■ ■ ■  
Ich höre sie schon, die Linken. Das sind Ausnahmen, dies wird medial nur hochgeschaukelt, das ist nur ein

kleiner Teil der Ausländer, wir können die Ausländer – auch wenn sie vergewaltigt haben – doch nicht ausschaffen, wir müssen mehr für die Integration tun und deshalb mehr Geld dafür ausgeben. Die Statistik spricht aber eine deutliche Sprache: Gemäss Kriminalstatistik 2006 der Kantonspolizei Zürich wurden bei einem offiziellen Ausländeranteil von 22 Prozent beispielsweise 60,3 Prozent der Vergewaltigungen von Ausländern begangen, und bei den schweren Delikten gegen Leib und Leben waren es 55,5 Prozent. Falls Sie mir nicht glauben, können Sie dies nachlesen, unter kapo.zh.ch.

■ ■ ■  
Die Initiative sorgt dafür, dass die Gesetze und Regeln in unserem Land endlich wieder beachtet und durchgesetzt werden. Ausländer sollen – unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status – ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz verlieren, wenn sie rechtskräftig verurteilt werden wegen: eines vorsätzlichen Tötungsdelikts, wegen einer Vergewaltigung oder eines anderen schweren Sexualdelikts, wegen eines Gewaltdelikts wie Raub, wegen Menschenhandel,

Drogenhandel oder eines Einbruchsdelikts. Zudem soll künftig auch Sozialhilfe-Missbrauch zur Ausschaffung führen.

■ ■ ■  
Diese klaren Bestimmungen bringen einen Abschreckungseffekt, und die Ausländerkriminalität wird dadurch sinken. In der Schweiz leben heute 1,5 Millionen Ausländer, was einem Ausländeranteil von rund 22 Prozent entspricht. Damit stehen wir an der Spitze der europäischen Staaten. Mit der Ausschaffungsinitiative wird die Stellung der anständigen und integrierten Ausländer in der Schweiz gestärkt. Es ist traurig, dass eine Minderheit nichtintegrierter, gewalttätiger und krimineller Ausländer die gesamte ausländische Wohnbevölkerung in Verruf bringt. Alle meine ausländischen Kolleginnen und Kollegen regen sich nämlich genauso oder noch mehr über die kriminellen Ausländer auf. Wenn sie sich einbürgern lassen, wählen sie nachher auch SVP.

■ ■ ■  
Es ist Zeit, dass etwas ändert. Wer sich nicht an unsere Gesetze hält, muss gehen. Wer unser Land gerne hat und sich integriert, ist herzlich willkommen. **Natalie Rickli**.

Werbung:



Bio Elektro Magnetische Energie Regulation.

Testen Sie unverbindlich zu Hause!

Gesundheit schützen – Heilung unterstützen!

Repr.: Brigitte Haldmann, 9512 Rosrüti.  
Telefon 071 911 43 09, Mobil 079 719 78 11  
E-Mail: brigitte.haldmann@tbwil.ch  
[www.haldmann.biz](http://www.haldmann.biz)